

Hohe Steuern für Arbeit, niedrige für Vermögen?

Steuergerechtigkeit ist auch ein Thema der Katholischen Soziallehre

Es gibt wohl niemanden, der sie gerne zahlt – und doch sind Steuern in einem modernen Steuerstaat das Mittel zur Staatsfinanzierung schlechthin. Aus der Sicht Katholischer Soziallehre lässt sich allerdings danach fragen, wie gerecht die Steuern in Deutschland sind.

Heute übernimmt der Staat weit mehr als nur die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Er sorgt für die grundlegenden Voraussetzungen eines guten Lebens: vom Bildungs- und Gesundheitssystem über die Infrastruktur für Wirtschaft, Wohnen und Verkehr bis hin zur Gewährleistung von innerem und äußerem Frieden. Für all dies benötigt der Staat Geld. Und darum gibt es im deutschen Steuersystem knapp 40 Steuerarten.

Eigentum verpflichtet: Bei der Steuererhebung geht der Staat individuell auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Menschen ein und berücksichtigt gleichzeitig, wie stark sie in den Wirtschaftskreislauf eingebunden sind. Gelingt ihm das? Das ist letztlich eine Frage der Steuergerechtigkeit. Wo immer Geld eine Rolle spielt, vor allem in den Händen des Staates, zeigt sich schließlich der Sinn der Menschen für Gerechtigkeit besonders stark – und das völlig zu Recht.

Von der Individualmoral zur Sozialethik

Fragen der Steuergerechtigkeit wurden in der christlichen Ethik traditionell eher individualethisch gestellt. „Die Steuergesetze verpflichten im Gewissen“, schreibt etwa Kardinal Joseph Höffner in seinem bekannten Lehrbuch zur „Christlichen Gesellschaftslehre“. Gebt der Bibel zufolge „allen, was ihr ihnen schuldig seid, Steuer, wem ihr Steuer schuldet, Zoll, wem ihr Zoll schuldet, Furcht, wem ihr Furcht schuldet, Ehre, wem ihr Ehre schuldet!“, so heißt es bei Paulus im Römerbrief (13,7).

Aus sozialethischer Warte ist ein zentraler Ausgangspunkt das Gemeinwohlprinzip der Katholischen Soziallehre. Auf das Gemeinwohl soll ein durch Steuern finanzierteter Staat schließlich ausgerichtet sein: „Das Recht des Staates, Steuern zu erheben, ist im Gemeinwohl begründet, das ohne die Opferbereitschaft der Bürger nicht verwirklicht werden kann“, so erneut Höffner, der frühere Kölner Erzbischof. Doch

das Gemeinwohl ist ein sperriger Begriff, der, gerade wenn es Geld kostet, längst nicht so eindeutig zu bestimmen ist. Steuern sind strittig, dennoch aber ein Ausdruck gemeinsamer Verantwortung: Jeder trägt nach seinen Möglichkeiten dazu bei, dass die Gesellschaft als Ganze funktioniert. Es geht dabei um so etwas wie einen „Gesellschaftsvertrag“, der Regeln enthält, wie öffentliche Güter für alle finanziert werden.

Solidarische und subsidiäre Steuern

Neben dem Gemeinwohl bieten auch die Sozialprinzipien der Solidarität und Subsidiarität Orientierung beim Thema Steuergerechtigkeit. Jeder soll entsprechend seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beitragen. Wer mehr hat, kann und soll mehr zum Gemeinwohl beitragen – das entspricht dem Prinzip der Solidarität, und das stützt die Idee progressiver Besteuerung, dass höhere Einkommen stärker besteuert werden als niedrigere.

Der Staat darf nicht mehr Aufgaben übernehmen als nötig und soll den Einzelnen, Familien und kleineren Gemeinschaften Freiraum lassen. Steuern sollen also so eingesetzt werden, dass sie Eigeninitiative fördern und nicht lähmen, was dem Subsidiaritätsprinzip entspricht.

Gerechtigkeit im Steuersystem bedeutet, dass jeder nach seinen finanziellen Möglichkeiten zum Gemeinwohl beiträgt. Doch davon ist Deutschland leider weit entfernt. Die Einkommen und Vermögen sind extrem ungleich verteilt – und das Steuerrecht gleicht diese Unterschiede nur unzureichend aus.

Das gerechtigkeitsrelevante Hauptproblem besteht darin, dass Deutschland ein Hochsteuerland für Arbeit, aber ein Niedrigsteuerland für Vermögen ist. Wer Einkünfte aus Vermögen steuerbegünstigt anlegt, zahlt am Ende nur etwa halb so viel Steuern und Abgaben wie jemand aus der Mittelschicht, der durch eigener Hände Arbeit ein Vermögen aufbauen will. Das Ergebnis: Arbeit wird hoch besteuert, Vermögen geschont – und die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich weiter. Direkte Steuern wie die Lohnsteuer und indirekte Steuern wie allen voran die Umsatzsteuer führen zusammen mit den Sozialabgaben sogar dazu, dass man schnell auf Gesamtbelaestungen von um die 75 Prozent für Arbeitnehmer kommt.

Ein weiterer Aspekt: „Steuern sind der

Preis der Freiheit“, sagte einmal der frühere Verfassungsrichter Paul Kirchhof. Steuern haben nach Andreas Fisch vom Sozialinstitut des Erzbistums Paderborn „Kommende Dortmund“ sowohl eine freiheitsfördernde als auch eine freiheitsentziehende Wirkung. Ersteres, weil sie zur Finanzierung der Gemeinwohlbelange und insbesondere der sozialstaatlichen Förderung Benachteiligter verwendet werden. Letzteres, weil der Entzug der Verfügungsgewalt über das eigene Geld ein Freiheitsentzug ist. „Freiheit ist ein Preis der Steuer“ lautet daher die Kirchhof entgegengesetzte libertäre Anklage.

Man darf gerade im Sinne der christlichen Option für die Armen und Benachteiligten nicht übersehen, dass – relativ – Arme und Geringverdienende selbst bei absolut betrachtet niedrigen Steuern und Sozialabgaben die freiheitsentziehende Wirkung von Steuern deutlicher spüren als Hochverdienende und Vermögende. Vor allem der aktuelle Umsatzsteuersatz von 19 Prozent kann dabei als Ärgernis aufgefasst werden, da die Umsatzsteuer als indirekte Steuer degressiv wirkt: Weniger Betuchte zahlen beim Einkaufen einen höheren prozentualen Anteil ihres Einkommens als Wohlhabendere. Selbst Bettler müssen bei ihren Käufen Umsatzsteuer zahlen.

So transparent wie möglich

Eine zu geringe Progressivität der Gesamtsteuerbelastung wie eine zu hohe Besteuerung des für die meisten existenziell bedeutsamen Arbeitseinkommens sind daher zwei Hauptproblemfelder von Steuergerechtigkeit in Deutschland. Bei alledem gilt es darüber hinaus zu fragen: Wie verantwortlich geht der Staat mit den Steuergeldern seiner Bürger um? Denn der durchaus schmerzhafte Verlust, der mit dem Zahlen von Steuern verbunden ist, lässt sich nur dadurch ausgleichen, dass der Nutzen so transparent wie möglich gemacht wird.

LARS SCHÄFERS



Mag. theol. Lars Schäfers ist Referent im Stadtdekanat Wuppertal und Generalsekretär der sozialethischen Vereinigung *Ordo socialis*.